

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Amtsleiter,

liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen,

sehr geehrte Anwesende,

bevor wir über den Haushalt des Jahres 2026 sprechen, blicken wir kurz auf das 50-jährige Gemeindefusions-Jubiläum zurück. Das Jahr war geprägt von einem spürbaren Zusammenhalt der beiden Ortsteile, ein gemeinsames Ziel verfolgend, für unser LiHo tolle Erlebnisse für Groß und Klein sowie Jung und Alt zu schaffen. Wir können mit Stolz sagen, es ist gelungen. Dank vielen engagierten Helferinnen und Helfern. Dank dem Organisationswillen unserer Gemeindeverwaltung, den Ortsvereinen und Glaubensgemeinschaften sowie Vertretern unserer Blaulichtfamilie, die unzählige Arbeitsstunden investierten, um für uns alle unvergessliche Erlebnisse zu schaffen. Linkenheim und Hochstetten sind in den vergangenen 50 Jahren zusammengewachsen und das nicht nur räumlich, sondern auch im gegenseitigen Verständnis füreinander. Natürlich gibt es Potenzial sich noch mehr zu vereinen, aber ich denke die Zeit wird auch diese offenen Enden irgendwann zusammenführen. Wir können stolz sein, auf das was wir hier in unserer Heimat geschaffen haben.

Widmen wir uns nun dem Gemeinde-Haushalt, blicken hierbei aber zunächst auf die Gesamtgemengelage. Die aktuelle Lage aller Kommunalfinanzen in Deutschland ist besorgniserregend. Laut dem Deutschen Städte- und Gemeindebund ist die Handlungsfähigkeit der Kommunen stark gefährdet. Im Jahr 2025 betrug das Finanzdefizit aller Kommunen in Deutschland rund 30 Mrd. €, der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Die Ursachen sind vielfältig: Den Kommunen werden immer mehr

Pflichtaufgaben übertragen, deren Finanzierung nicht ausreichend gesichert sind, insbesondere im Bereich der Sozialleistungen. Ein weiterer Grund für diese Finanzmisere sind die seit Jahren steigenden Personalausgaben der Städte und Gemeinden. Neue Pflichtaufgaben erfordern neues Personal und das bestehende Personal scheint vollständig ausgelastet zu sein. Ich zitiere dazu aus einem Artikel von der Deutschlandfunk-Homepage: *„In den letzten 10 Jahren ist die Zahl der Verwaltungsstellen bundesweit durchschnittlich um 22 Prozent gestiegen. Es sei jedoch auch plausibel, dass die über Jahre gute Haushaltslage zu einer großzügigeren Stellenplanung in den Kommunen führte.“*

Ziehen wir also mal ein erstes Fazit: Zu hohe Sozialausgaben und Personalkosten belasten die Kommunen. Die Prozesse müssen digitaler, die Verwaltungsstrukturen schlanker und effizienter werden. Es braucht endlich einen echten Bürokratieabbau und eine vollständige Finanzierung der Pflichtaufgaben, bevor diese den Kommunen übertragen werden. Nur so kann der aktuellen Situation entgegengewirkt werden. Leider sieht die Realität in den meisten Kommunen anders aus.

Schauen wir nun auf LiHo und die aktuellen Haushaltsplanungen sowie die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2029. Beginnen wir mit dem Ergebnishaushalt. Dieser umfasst die erwarteten Erträge (z. B. Steuern, Zuweisungen) und Aufwendungen (z. B. Personal, Sachkosten, Abschreibungen) im Haushaltsjahr. Hieraus ist erkennbar, ob wirtschaftlich gearbeitet wird. Für das Jahr 2026 sind Ausgaben von 41.511.405 € vorgesehen, denen Einnahmen von lediglich 39.145.382 € gegenüberstehen. Wir schaffen es demnach nicht unsere lfd. Aufwände durch lfd. Erträge zu decken. Immerhin gelingt es uns bei den Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeiten einen kleinen Zahlungsmittelüberschuss zu erzielen. Bei den Investitionstätigkeiten sieht es ähnlich aus. Für 2026 wird ein Investitionskostendefizit von ca.

1,7 Mio. € erwartet, da Investitionsausgaben von ca. 6,2 Mio. € lediglich Investitionseinnahmen von ca. 4,5 Mio. € gegenüberstehen. Auch in den Folgejahren wird sich dieses Bild kaum ändern. Es wird deutlich: Wer dauerhaft mehr Geld ausgibt als einnimmt, muss früher oder später Schulden machen, um Investitionen weiterhin finanzieren zu können. Wie schnell das gehen kann, zeigt der Blick in unsere Bilanz. Im Jahr 2019 verfügte unsere Gemeinde noch über ein Guthaben von fast 20 Mio. €. Bereits in den kommenden Jahren werden wir vsl. erstmals Fremdkredite aufnehmen müssen, um den Investitionsbedarf zu decken. Für das Jahr 2029 rechnet unser Kämmerer mit einer Schuldenlast von ca. 4 Mio. €. Das bedeutet, dass innerhalb eines Jahrzehnts etwa 24 Mio. € mehr ausgegeben als eingenommen wurden. Schuldenfrei werden wir uns also wahrscheinlich bald nicht mehr bezeichnen dürfen. Doch ist das wirklich so schlimm? Im Vergleich zu anderen Gemeinden stehen wir weiterhin gut da.

Schauen wir uns nun die fünf größten, derzeit bereits mit konkreten Kosten bemessenen Investitionsprojekte bis 2029 an.

1. Diverse Renovierungs- und Sanierungsarbeiten für gemeindeeigene Gebäude, unsere Kanalisation und Straßen mit ca. 7 Mio. € (in 2026 ca. 1,3 Mio. € geplant)
2. Erschließungskosten für Neubaugebiet Nußbaumhecken und Parkplatz zur Insel Rott mit ca. 5,8 Mio. € (in 2026 ca. 1 Mio. € geplant)
3. Neubau einer Kindertagesstätte auf der Gymnasialerweiterungsfläche mit ca. 5 Mio. € (in 2026 ca. 800 T€ geplant)
4. Neubau eines Sozialgebäudes für den Bauhof mit ca. 3,3 Mio. € (in 2026 ca. 100 T€ geplant)
5. Neubau Schülerhort Hochstetten mit ca. 2,4 Mio. € (in 2026 ca. 100 T€ geplant)

Genau zur richtigen Zeit kommt nun das LuKiFG. Dieses Gesetz regelt die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen und bestimmt die Verteilung des 100 Mrd. €-Sondervermögens. Ende 2025 wurden die Zuweisungen vorgenommen. Für unserer Gemeinde stehen in den kommenden zehn Jahren etwa 7,5 Mio. € zur Verfügung. Wir müssen dringend investieren und dafür ist dieses Geld äußerst hilfreich.

Wenn wir den Ergebnishaushalt unserer Gemeinde nochmals genauer betrachten, fallen zwei Positionen besonders ins Auge, deren Kosten in den vergangenen 10 Jahren besonders stark gestiegen sind. Zum einen betrifft dies die notwendigen Zuschüsse für die Kinderbetreuung. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Die Förderung und Betreuung von Kindern ist eine unserer wichtigsten Investitionen in die Zukunft und daher unverzichtbar. Gleichzeitig zeigt sich gerade hier besonders deutlich, wie die Kosten in den letzten 10 Jahren gestiegen sind. Während die gesamten Zuschüsse für Kindergärten, Kindertagesstätten und die Schülerhorte im Jahr 2016 noch bei ca. 3,7 Mio. € lagen, belaufen sie sich heute auf rund 7,1 Mio. €. Das entspricht einer Steigerung von über 90 %. Der zweite, besonders auffällige Kostentreiber sind die Personalkosten, also die Ausgaben für die Mitarbeitenden unserer Gemeindeverwaltung. Im Jahr 2016 waren 80 Personen in der Gemeindeverwaltung beschäftigt. Im Jahr 2026 werden es 102 Personen sein. Das entspricht einer Zunahme von fast 30 % und liegt damit über dem Landesdurchschnitt. Noch deutlicher wird die Entwicklung, wenn man die Personalkosten betrachtet. Im Jahr 2016 lagen diese bei ca. 4,2 Mio. €, während sie in 2026 vsl. rund 7,5 Mio. € betragen werden. Das bedeutet eine Kostensteigerung von beeindruckenden 80 %. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass in diesem Zeitraum fünf tarifliche Gehaltssteigerungen erfolgten, die von der Gemeindeverwaltung nicht

beeinflussbar waren. Außerdem hat sich die Einwohnerzahl in diesem Zeitraum um etwa 1.000 erhöht, was eine gewisse Steigerung der Personalkapazitäten rechtfertigt.

Unsere Gemeinde steht vor der Hausforderung, ein Defizit im ordentlichen Haushalt in den kommenden Jahren zu vermeiden. Dies sollten wir weiter als klare Vorgabe bei unseren künftigen Finanz- und Investitionsplanungen berücksichtigen. Zusätzlich verdeutlichen die aktuellen Zahlen aber auch die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen. Aus Sicht der CDU-Fraktion wären dies:

- Prozessoptimierungen

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen bietet erhebliches Einsparpotenzial. Hierdurch könnten Prozesskosten reduziert und mittelfristig freiwerdende Stellen müssten ggf. nicht oder zumindest nicht vollständig nachbesetzt werden. Die Gemeindeverwaltung sollte sich verstärkt und eigenständiger um diese Optimierungen kümmern.

- Realisierung Neubaugebiet Nußbaumhecken

Ende 2025 hat der Gemeinderat einen früheren Beschluss verändert. Demnach soll die dort zusätzlich zur Wohnbebauung vorgesehene Gewerbefläche in ein sog. urbanes Gebiet verändert werden, d. h. mehrgeschossiger Wohnraum kombiniert mit Kleingewerbe im Erdgeschoss. Dieses Konzept hat bereits beim Carré am Markt sehr gut funktioniert und könnte auch hier zum Erfolgsfaktor werden. Ob jedoch die in der Kalkulation prognostizierten Verkaufspreise von 900 €/m<sup>2</sup> für Wohnraum realisierbar sind ist genauso ungewiss, wie die Frage, ob alle vorgesehenen Kleingewerbeflächen erfolgreich vermarktet werden können. Wir rechnen in diesem Neubaugebiet mit Verkaufserlösen von etwa 17 Mio. €. Nach Abzug der Erschließungskosten würde ein Gewinn von etwa 12 Mio. € verbleiben, was sich besonders positiv in unserer Bilanz auswirken wird.

- Realisierung weiterer Gewerbeflächen

Es fehlt weiterhin ein neues Gewerbegebiet oder die Nutzung bereits erschlossener Gewerbeflächen, z. B. im Gründel. Dort könnten entsprechende Grundstücksverkäufe kurzfristig etwa 2,6 Mio. € einbringen, zudem wären regelmäßige Gewerbesteuerereinnahmen möglich. Eine interessante Alternative könnte auch der Umzug des Bauhofs ins Gründel und der dann möglichen Vermarktung des derzeitigen Bauhofgrundstücks sein. Wir von der CDU werden die Realisierung von Gewerbeflächen weiter vorantreiben. Wir sehen hierdurch auch die Möglichkeit attraktive Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen.

- Bürokratieabbau

Die Bürokratie hemmt unsere Kommunen erheblich, indem sie kreatives Handeln erschwert, Investitionen durch komplexe Förderverfahren blockiert, wichtige Projekte durch eine Flut von notwendigen und teuren Gutachten verzögert und so unserer Gemeindeverwaltung den Gestaltungsspielraum nimmt. Wir appellieren an dieser Stelle an die Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene. Stoppt bitte zeitnah diesen Bürokratiewahnsinn und vereinfacht die Verwaltungsprozesse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch LiHo steht vor einer ungewissen Zukunft, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung notwendiger Projekte und der Erfüllung bestehender und neuer Pflichtaufgaben. Im Zuge der Vorbereitungen für diese Haushaltsrede beschäftigte ich mich sehr intensiv mit den Haushalten umliegender Gemeinden und ich kann ihnen sagen, dass wir im Vergleich nach wie vor gut abschneiden. Dennoch sollten wir mit Bedacht und Verantwortung agieren, damit dies auch so bleibt. Die CDU-Fraktion hat trotz der

schwierigen Rahmenbedingungen dem Haushalt in der vorliegenden Form zugestimmt.

Abschließend möchten wir uns für die gute, fraktionsübergreifende Zusammenarbeit im Gemeinderat bedanken. Wir konnten im zurückliegenden Jahr gemeinsam wieder wichtige Beschlüsse treffen. Auch wenn es manchmal Kompromisslösungen waren, so hatten diese stets das Wohl der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde im Blick. Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen Mitarbeitenden der gesamten Gemeindeverwaltung. Ihr habt zusätzlich zu euren normalen Aufgaben im zurückliegenden Jahr auch noch bei der Umsetzung unserer Jubiläumsfeierlichkeiten aktiv unterstützt und dadurch zu diesem großen Erfolg beigetragen. Dieses Engagement verdient einen besonderen Dank. Wir danken auch den Amtsleitern Michael Thate, Dominic Schlenker und Markus Schäfer sowie deren Teams für die sehr gute Zusammenarbeit, die Beantwortung unserer vielen Fragen und das Verständnis, wenn so manche Beschlussvorlage vielleicht doch nicht so zur Entscheidung kam, wie ursprünglich von euch vorgesehen. Dieser Dank gilt auch für alle, die bei der Erstellung von Beschlussvorlagen oder sonstigen organisatorischen Aufgaben mitwirkten, allen voran Carmen Groh. Natürlich bedanken wir uns auch bei ihnen, Herr Bürgermeister Möslang. Durch ihre offene und bürgernahe Art konnten auch im zurückliegenden Jahr wieder viele gute Lösungen gefunden werden. Aufgrund ihres Verwaltungsverständnisses, ihres politischen Handelns und ihres vorhandenen Netzwerks ist es ihnen in den vergangenen 10 Jahren gelungen unsere Gemeinde spürbar positiv zu entwickeln. Zuletzt bedanken wir uns noch bei allen ehrenamtlichen Helfern, den Ortsvereinen und Glaubensgemeinschaften sowie der gesamten Blaulicht-Familie. Ihr alle seid ein wichtiger Bestandteil unserer Ortsgemeinschaft.

Ich beende meine Rede mit einem Verweis auf das Motto unseres zurückliegenden Jubiläumsjahrs: „*Mit vereinten Kräften voran*“. Auch wenn das Gemeindejubiläumsjahr nun zu Ende ist, so soll dieser Leitspruch von uns, durch uns und insbesondere durch unser Handeln weitergetragen werden. Lasst uns diesen Haushalt als gemeinsame Verpflichtung sehen, unsere Gemeinde verantwortungsvoll, zukunftsorientiert und im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger weiterzuentwickeln.

Matthias Braun

Für die CDU-Fraktion im Gemeinderat